



Bürgerinitiative Queichtal e.V. (BI Q)

Für den Erhalt des Queichtals, gegen den vierspurigen Ausbau der B10

Pressemitteilung der BI Queichtal

01.03.2012

Stellungnahme auf die aktuellen Diskussionen und Verlautbarungen zu einer weiteren Mediation hinsichtlich 4-spurigen B10-Ausbau

Mit Blick auf die jüngsten Äußerungen des Landauer Bürgermeisters Schlimmer bezüglich der zweiten B10-Mediation begrüßen die Bürgerinitiativen gegen den 4-spurigen B10-Ausbau dessen eindeutige und klare Positionierung und das Abstecken klarer Rahmenbedingungen für seine Teilnahme an dem geplanten neuerlichen Mediationsverfahren. Die BI Queichtal legt Wert auf die Tatsache, dass die auch in der RHEINPFALZ veröffentlichten Aussagen zur Mediation 2.0 eine von allen kommunalen Vertretern der Queichtalgemeinden, der BI Landau, der BI Queichtal und des BUND gemeinsam gefunden Position darstellt.

Vor allem auch das Eintreten für die bereits im Koalitionsvertrag zwischen SPD u. Grünen getroffene Vereinbarung einer weiträumigen Umleitung des europäischen Transitgüterverkehrs unterstützt die BI Queichtal außerordentlich. Nach fast einem Jahr Laufzeit des Koalitionsvertrages ist die praktische Umsetzung dieser Vereinbarung durch das Mainzer Infrastrukturministerium längst überfällig. Die vor allem durch den LKW-Transitverkehr hoch belasteten Anwohner an der B10 müssen sofort und nachhaltig von den Auswirkungen der täglichen LKW-Lawine mit bis zu 4000 Fahrzeugen deutlich entlastet werden.

In Ergänzung zu den Forderungen der Queichtalkommunen müssen nach Dafürhalten der Bürgerinitiativen auch folgende Punkte in einer Mediation 2.0 vertiefend thematisiert werden:

Der geplante B10-Ausbau ist einer gesamtwirtschaftlichen Bewertung zu unterziehen, wobei negative regionalwirtschaftliche Effekte in Form von Arbeitsplatzverlusten und Beeinträchtigung einzelner Wirtschaftszweige nicht ausgeblendet werden dürfen.

Die Auswirkungen auf die unmittelbar an der B10 beginnende Kernzone des Biosphärenreservates Pfälzerwald/Nordvogesen, Quellgebiet der Wieslauter, sowie die mögliche Ausweisung eines Nationalparks Pfälzer Wald in der betroffenen Region müssen in der Mediation vertiefend betrachtet werden. Nur so kann dem Nachhaltigkeitsprinzip gemäß Landesentwicklungsprogramm entsprochen werden.

Für die gesamte Strecke zwischen Landau und Hinterweidenthal ist eine zusammenhängende Umweltverträglichkeitsprüfung mit nachgeschalteter FFH-Prüfung (Dach-FFH) durchzuführen.

Thema der Mediation muss auch eine zukunftsfähige Verkehrsentwicklung im Queichtal sein. Der ÖPNV muss als wesentlicher Bestandteil einer nachhaltig wirksamen regionalen und überregionalen straßenunabhängigen Mobilität deutlicher mit einbezogen werden.

Darüber hinaus schließen sich die Bürgerinitiativen ausdrücklich der Forderung der Queichtalkommunen an, das Tempo auf der Bundesstraße 10 permanent zu überwachen und nachts auf 80 Stundenkilometer zu begrenzen. Dies vor allem zur sofortigen Entschärfung der kritischen Kreuzungen bei Birkweiler und Annweiler, an denen permanente Geschwindigkeitsüberschreitungen zur Tagesordnung gehören.

Konsequent und logisch auch die Position hinsichtlich des Teilnehmerkreises an der Mediation. Wieso und warum soll die Stadt Pirmasens in hoheitliche Belange der Stadt Landau und der anderen Queichtalkommunen reinreden, wenn es z. B. um den 4-spurigen B10-Ausbau zwischen A65 und Godramstein geht. Die östlichen Gemeinden wurden seinerzeit ja auch nicht gefragt, als im 50 km entfernten Pirmasens-Fehrbach der vierspurige B10-Tunnel gebaut wurde.

Dabei verspürt der Pirmasenser OB Matheis offensichtlich selbst nur geringe Motivation für eine Teilnahme an einer Mediation 2.0, hat er doch diese bereits von Anfang konsequent abgelehnt. Seine aktuelle Juristenfinte, dem Kind einen neuen Namen zu verpassen und aus der Mediation eine Schlichtung zu machen, um dann plötzlich doch wieder teilnehmen zu wollen, ist hoch peinlich und zeigt, dass Matheis bereits das Terrain für den Rückzug vorbereitet.

Auch sein Vorschlag, als Mediationsleiter den in der Mediation 1.0 äußerst schwach agierenden ehemaligen Richter Meissner erneut vorzuschlagen, tendiert in diese Richtung und soll ihm bei Bedarf einen weiteren Vorwand für seinen Ausstieg liefern und die Fluchttüre weit offenhalten.

Werner Schreiner, BI Queichtal (Pressesprecher)